

WIARDA will's wissen

Wettbewerb belebt die Lehre



VON JAN-MARTIN WIARDA

Horst Hipplers Argumentation war so simpel wie wirksam: Die Hochschulen ähnten unter der mangelnden Grundfinanzierung. Da könne man doch jetzt nicht mit Projektförderung und Dauerwettbewerb kommen. Ergo: Bloß keine DFG für die Lehre. „Wir brauchen jetzt und auch nach 2020 keine neuen Institutionen, sondern vor allem eine klar konzipierte, verlässliche Hochschulfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Ländern und Bund“, sagte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und wusste die meisten Unichefs hinter sich. Und, was viel wichtiger ist: auch die meisten Landeswissenschaftsminister.

Das war vor genau einem Jahr, und das Absurde war, dass dieselben Minister, die Hippler applaudierten, ebenjene Empfehlung, eine „bundesweite eigenständige Organisation zur Förderung innovativer Lehrkonzepte“ zu prüfen, Tage zuvor im Wissenschaftsrat mitgetragen hatten. Noch absurder ist, dass Hipplers Argumentation, so logisch sie klingt, die Idee komplett missversteht.

Erstens: Ja, die Budgets der Hochschulen sind viel zu knapp. Und ja, eine Lehrgemeinschaft ergibt nur Sinn, wenn gleichzeitig die Grundfinanzierung besser wird. Aber deshalb hat der Bund den Ländern ja schon Ende 2016 informell zugesagt, dass die Bundesmilliarden, die über den Hochschulpakt (HSP) befristet Studienplätze finanzieren, nach 2020 dauerhaft kommen sollen. Deshalb steht das jetzt so im Groko-Koalitionsvertrag. Obgleich die Modalitäten offen sind, ist klar: Es werden eher mehr als die bisher 1,8 Milliarden im Jahr, und ein großer Teil wird so fließen, dass die Hochschulen mehr Dauerstellen schaffen können.

Zweitens: Ja, der Wettbewerbswahn regiert. Aber nur in der Forschung. Gerade 200 Millionen Euro pro Jahr fließen über den „Qualitätspakt Lehre“ in Lehrprojekte, nur um deren Verstärkung geht es dem Wissenschaftsrat (wobei er selbst die Bezeichnung „Lehrgemeinschaft“ tunclichst meidet). Zum Vergleich: Die Forschungsprojektförderung der DFG liegt bei über drei Milliarden Euro. Womöglich sollte man da mal ran.

Ein Jahr nach Hipplers „Njet“ gehen die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern in die heiße Phase, jetzt entscheidet sich: Bleibt das BMBF hart und gibt das eine (HSP) nur im Gegenzug für das andere (Lehrgemeinschaft)? Dass Wissenschaftler heute vor allem über die Forschung Karriere machen, liegt auch an der Möglichkeit, sich persönlich über den Erwerb von Projektmitteln auszuzeichnen. Derselben Logik folgend

Schulthemen sind Aufregerthemen. Allgemeiner Leistungsverfall, mangelnde Orthografie, unleserliche Handschriften und Kuschelpädagogik statt Leistungsorientierung: Solche Thesen garantieren hierzulande mediale Aufmerksamkeit. Für den Grundschulverband, in dem seit 1969 unter anderem Grundschulen, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler organisiert sind, handelt es sich jedoch um „Fake News“. Politik, Medien und Stammtische – aber auch Verbandsvertreter aus den Gymnasien – bedienten damit „kulturpessimistische Befürchtungen um die Bildung der nachfolgenden Generationen und ihre ‚Marktchancen‘“, schreiben Verbandsmitglieder aus der Bildungsforschung und aus der Schulpraxis jetzt in einer am Sonntag veröffentlichten Broschüre mit dem Titel „Faktencheck Grundschule“.

Den „Vorurteilen“ gegenüber neuen Methoden in der Grundschule müsse man entgegenreten, heißt es. Denn der Streit werde zulasten der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen. „Sie müssen sich am Elternabend für falsche Annahmen rechtfertigen“, sagt Jörg Ramseger, Professor i. R. für Grundschulpädagogik an der FU Berlin und Mitautor des „Faktenchecks“. Bildungspolitiker neigten zudem zu „Schnellschüssen“, die in den Alltag der Schulen eingreifen. Neben Ramseger haben weitere bekannte Bildungsforscher wie Hans Brügelmann mitgewirkt. Wir fassen zentrale Argumente aus der Broschüre zusammen.

Was Schüler heute können

Die Behauptung „Die Schülerleistungen werden immer schlechter“ sei „in dieser Form schlicht falsch“, urteilt der Grundschulverband. In der Rechtschreibung seien die Ergebnisse von Untersuchungen über längere Zeiträume vielmehr höchst widersprüchlich. Von 16 Analysen für die Zeit zwischen 1945 bis 2000 „fanden vier eine Verschlechterung, drei eine Verbesserung und neun entweder konstante oder schwankende Leistungen“, heißt es. Verlässlich seien die Vergleiche aber kaum, weil sie die Rechtschreibkenntnisse verschiedener Altersgruppen und in unterschiedlichen Textformen wie Aufsatz oder Diktat verglichen.

Doch auch „fünf forschungsmethodisch solidere Studien“ zwischen 2000 und 2016 ergaben kein eindeutiges Bild: Je zwei Mal hätten sich verschlechterte beziehungsweise verbesserte Leistungen gezeigt, einmal waren sie über sechs Jahre konstant. Kaum möglich seien Langzeitvergleiche im Rechnen, weil „früher“ mehr im Kopf gerechnet wurde, heute aber mehr das mathematische Modellieren und Problemlösen im Alltag gefragt sei. Das gelte auch für Schreibkompetenzen: Alltagsrelevant sei weniger das Schreiben nach Diktat als vielmehr die Fähigkeit, eigene Texte selbstständig zu überarbeiten.

Die Pädagogen geben aber zu, dass die Rechtschreibkenntnis heute nach dem Ende der Grundschulzeit weniger weit entwickelt sein kann als früher. Tatsächlich spiele die Rechtschreibung im Deutschunterricht eine geringere Rolle, die Zahl der Deutschstunden wurde reduziert. Dafür sei aber auch nach der Grundschule „noch mit bedeutsamen Entwicklungsschritten zu rechnen“, wie etwa eine Studie von 2013 zeige.

Lob der Lautschrift

Grundschulpädagogen verteidigen ihre Methoden und wehren sich gegen „Fake News“

VON AMORY BURCHARD



Vertieft. Schreiben mit der Anlauttabelle schadet nicht, sondern ist Grundlage für das Lesen und Voraussetzung für richtiges Schreiben, sagt der Grundschulverband. Foto: Oliver Berg/dpa

Wie Kinder schreiben lernen

Öffentlich immer wieder angeprangert werden auch die Methoden des Schreibens. „Schreiben nach Gehör“ sei schädlich und müsse verboten werden. Diese Methode existiere gar nicht, wenden Ramseger und Kollegen ein. Gemeint sei, dass Kindern lernen, sich beim Schreiben an ihrem Sprechen zu orientieren, indem sie den Sprechlauten mithilfe einer Anlauttabelle passende Buchstaben zuordnen. Mit dieser Tabelle können Kinder schnell eigene Wörter und Texte schreiben – und gleichzeitig lesen lernen. Das Konzept „Lesen durch Schreiben“ werde aber kaum in Reinform angewandt, sondern in die Arbeit an Lauten, Buchstaben und in kindgerechten Lesestoff „eingebettet“, heißt es.

So lernten die Kinder, dass unsere Sprache „keine reine Lautschrift, sondern ein genormtes System mit verabredeten Schreibweisen“ ist. Allerdings müssten sie schon „im Laufe der ersten Klasse Schritt für Schritt auf orthografische Besonderheiten hin orientiert werden“.

Die frühe „lautgerechte Verschriftung von Wörtern“ dürfe aber nicht übersprungen werden: Längsstudien zeigten einen hohen Zusammenhang mit späterer Richtigschreibung. Falschschreibun-

gen prägten sich in der ersten Phase auch nicht ein, denn die Kinder konstruierten die Wörter ohnehin immer wieder neu.

Ebenso verteidigt der Grundschulverband die von ihm seit Jahren propagierte „verbundene Grundschrift“ – gegen die Behauptung, sie bewirke unleserliche Handschriften. Die Grundschrift geht von der Druckschrift aus, die Erstklässler zuerst erlernen. Allmählich werden die einzelnen Buchstaben mit Bögen untereinander verbunden. So könnten Grundschüler aus den ersten Buchstaben bruchlos eine persönliche Handschrift entwickeln, heißt es. Die bis heute noch üblichen Schriften, die Kinder je nach Bundesland nach der Druckschrift erlernen – die Lateinische, die Vereinfachte oder die Schulausgangsschrift – dagegen seien „wegen des Bruchs der Schreibentwicklung schädlich“.

Was Leistungstests bringen

Gegen die These „Mehr Tests steigern die Leistungen von Schülern, Lehrern, Ländern“ wendet der Grundschulverband ein, allein die Tests brächten gar keine Verbesserungen. Das Versprechen, dass Lehrkräfte und Schulen durch Vergleich und Wettbewerb Qualitätssprünge machten, werde nicht eingelöst. Bei internationalen

Vergleichen der Leseleistungen von Viertklässlern liege Deutschland seit 1991 im Mittelfeld, zuletzt sogar mit einer leichten Tendenz nach unten. Dass seit Beginn der 2000er Jahre verstärkt getestet wurde, habe also „keine positiven Auswirkungen“. In Deutschland verbessert hat sich Hamburg – aber nicht wegen der dort eingeführten regelmäßigen Kontrollen, heißt es. Vielmehr habe Hamburg mehr als andere Bundesländer mit schlechten Leseleistungen in seine Grundschulen investiert und umfangreiche Fördermaßnahmen gestartet. Zudem hätten auch „weniger testorientierte Bundesländer“ wie Berlin und Schleswig-Holstein zuletzt „deutliche Zugewinne“ erzielt. Angebliche „Abstürze“ in Rankings dagegen beruhten häufig nur auf wenigen Punkten bei einem Mittelwert von 500 Punkten, beklagt Ramseger. Sie kämen zustande, weil gleichzeitig andere Länder aufsteigen und an den „Verlierern“ vorbeiziehen.

Punktuellen Tests misstraut der Grundschulverband ohnehin: Sie seien stark abhängig von der Tagesform der Schüler und bildeten nur kleine Ausschnitte von dem ab, was der oder die Einzelne kann. Stattdessen setzen die Pädagogen auf die „begleitende Lernbeobachtung“ durch die Lehrkräfte. Nur sie könnten je nach den individuellen Leistungsvoraussetzungen Lernfortschritte beurteilen.

Was Zeugnissnoten aussagen

Doch wie sollen die Lehrkräfte den Lernstand dokumentieren? Den traditionellen Ziffernnoten von 1 bis 6 will der Grundschulverband kein zu großes Gewicht geben. Der Aussage „Zeugnisse ohne Noten sind ein Angriff auf das Leistungsprinzip“ wird vehement widersprochen. Um zum Lernen motiviert zu werden, bräuchten Schüler keine Noten. Schulsysteme, die früh benoten, hätten in internationalen Leistungsvergleichen keine Vorteile. Und Reformschulen ohne Noten seien durchaus erfolgreich. Ziffernnoten seien nicht „fair“, sondern hingen von subjektiven Maßstäben der Lehrkräfte und von der jeweiligen Klassenzusammensetzung ab.

Abchaffen will der Grundschulverband die Noten aber offenbar nicht. Gefordert seien „Mehrperspektivität und Dialog“. Das gelinge am besten in Lerngesprächen zwischen Lehrkraft, Kind und Eltern. Dabei sollten Fortschritte und Schwierigkeiten gemeinsam bewertet werden – und am Ende verpflichten sich alle auf die nächsten Lernschritte. Dahinter steht ein Verständnis von Leistung als das, „was jemand unter gegebenen Bedingungen aus seinen persönlichen Möglichkeiten macht“. Die „3“ in Deutsch bedeute bei einer neu zugewanderten Migrantin etwas anderes als bei einem sprachbegabten deutschen Kind, das sich aber wenig angestrengt hat.

Wie Hausaufgaben wirken

Die soziale Herkunft sei auch ausschlaggebend dafür, ob Hausaufgaben sinnvoll sind. Die Eltern haben Ruhe beim Arbeiten und Eltern, die ihnen bei Schwierigkeiten kompetent helfen können, die anderen nicht. „Eltern sind nicht die Hilfslehrer der Nation“, betont der Verband. Sicher sei es hilfreich, Vokabeln abzufragen, fördern könne man aber auch mit Vorlesen, gemeinsamen Spiel oder Museumsbesuchen. Und das Basisprogramm des Lernens gehöre ohnehin in die Schule – am besten in die Ganztagschule. Die These „Mehr Hausaufgaben fördern das Lernen und steigern die Leistung“ halten die Autoren deshalb für verfehlt.

Viadrina will Blumenthal wählen

HU-Dekanin soll Uni in Frankfurt (Oder) leiten

Die Berliner Politikwissenschaftlerin Julia von Blumenthal soll neue Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) werden. Bei der für den 9. Mai geplanten Wahl ist von Blumenthal die einzige Kandidatin. Im Senat der Viadrina hat sie sich am Mittwoch vorgestellt, die Mitglieder sprachen sich für sie als künftige Präsidentin aus, wie die Universität am Freitag bestätigte.

Die Leitung der Viadrina sei „eine sehr spannende und reizvolle Aufgabe“, sagte die 47-jährige von Blumenthal auf Anfrage. „Gerade in diesen für Europa und die deutsch-polnischen Beziehungen so herausfordernden Zeiten ist die Europa-Universität als Ort des gemeinsamen Lernens und Nachdenkens über Europa wichtiger denn je.“

Der vorherige Präsident der Europa-Universität, der Slawist Alexander Wöll, war im Oktober 2017 vorzeitig zurückgetreten. Er wolle in die Wissenschaft zurückkehren. Wöll, der zuvor in



Greifswald gelehrt hatte, ging als Professor für Kultur und Literatur Mittel- und Osteuropas an die Uni Potsdam.

Julia von Blumenthal ist Professorin für die Innenpolitik der Bundesrepublik an der Humboldt-Universität und seit 2014 Dekanin der Fakultät für Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaften. Vor zwei Jahren hatte sie bei der Neuwahl des Präsidiums als Vizepräsidentin für Lehre und Studium kandidiert. Weil sich die Studierendenvertreter aber weigerten, ihr die zur Wahl notwendige eine Stimme aus ihren Reihen zu geben, zog von Blumenthal ihre Kandidatur zurück.

Im Senat der Viadrina hat von Blumenthal skizziert, wie sie an der Universität das „Weimarer Dreieck“ mit Deutschland, Polen und Frankreich stärken will. Das Konzept des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, EU- und „europäische Universitäten“ zu gründen, wolle sie „im Geist eines ‚Europas der Regionen‘“ aufgreifen, erläutert von Blumenthal. „Wir müssen auch die kleineren Orte einbeziehen, an denen proeuropäisches Denken nicht so selbstverständlich ist.“

Die Viadrina, direkt am Grenzfluss zu Polen gelegen, wurde 1991 mit einem starken Polenbezug gegründet. 2012 hatte eine Hochschulstrukturkommission allerdings kritisiert, die Uni habe nicht hinreichend auf die EU-Osterweiterung reagiert. Sie müsse auch mehr tun, um polnische Studierende zu halten, für die die Viadrina nicht mehr die erste Wahl sei.

Neben Politik- und Rechtswissenschaft studierte von Blumenthal in Heidelberg und Hamburg auch Slawistik. Polen habe sie in den vergangenen Jahren oft bereist, sagt sie. Sie sei stark an polnischer Geschichte und Politik interessiert – und lerne seit einiger Zeit auch Polnisch.

Wenn von Blumenthal erwartungsgemäß am 9. Mai vom Frankfurter Uni-Senat gewählt wird, soll sie ihr Amt zum 1. Oktober dieses Jahres antreten. Bis dahin wird die Viadrina weiterhin von dem kommissarischen Präsidenten Stephan Kudert geleitet. AMORY BURCHARD

Ärger über Uni-Tüv

Geistes- und Wirtschaftswissenschaftler fühlen sich im Akkreditierungsrat nicht vertreten. Schuld sei die HRK

Werden Studiengänge von Leuten geprüft, die von der Sache nicht genug verstehen? Dieser Auffassung sind die Fakultätentage. Sie kritisieren, große Fächergruppen wie die Geisteswissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften seien bei der Besetzung des Akkreditierungsrats im März nicht berücksichtigt worden. Schuld sei die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). „Fachlichkeit war offensichtlich kein Kriterium“, sagt Tassilo Schmitt, Professor für Alte Geschichte an der Universität Bremen und Vorsitzender des Philosophischen Fakultätentags. Kritik kommt auch vom Sozialwissenschaftlichen Fakultätentag sowie von beiden Theologischen Fakultätentagen. Auch sie sehen ihre Fächer im Akkreditierungsrat nicht repräsentiert.

Der Akkreditierungsrat ist eine Einrichtung der Länder. Seine Aufgabe ist es, sämtliche Studiengänge auf ihre Qualität zu überprüfen – es sei denn, den jeweiligen Hochschulen wurde das Recht übertragen, dies selbst zu tun (Systemakkreditierung). Im Akkreditierungsrat sitzen acht Professorinnen und Professoren, außerdem ein Vertreter der HRK, Vertreter der Länder, der Berufspraxis, Studierende, Vertreter aus dem Ausland sowie der Akkreditierungsagenturen.

Die Vorschläge für die Besetzung kommen von der HRK, die Kultusministerkon-

ferenz bestellt die Mitglieder. Die Professoren müssen „zumindest die vier Fächergruppen der Geisteswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und der Ingenieurwissenschaften repräsentieren“, heißt es im Staatsvertrag der Länder. Das scheinen HRK und KMK aber nicht vollständig beherzigt zu haben. Die Wirtschaftswissenschaften werden durch einen Wirtschaftsingenieur mit stark ingenieurwissenschaftlichem Profil repräsentiert. „BWL und VWL sehe ich dadurch nicht vertreten“, sagt Susanne Homölle, BWL-Professorin in Rostock und Vorsitzende des Sozialwissenschaftlichen Fakultätentags. Und das, obwohl 16 Prozent aller Studierenden in diesen Fächern eingeschrieben seien.

Die Geisteswissenschaften hingegen sind im Rat durchaus vertreten – schließlich sitzt dort der Romanist Reinhold Grimm, der auch Vorsitzender des Gremiums ist. Allerdings kritisiert der Philosophische Fakultätentag die Personalie heftig: Im Vorfeld von Grimms Bestellung hatte sich der Philosophische Fakultätentag auf seiner Plenarversammlung mit großer Mehrheit dagegen gewandt, Grimm, der dem Gremium bereits seit 2007 vorsitzt, noch einmal zu bestellen. Der Jenaer Professor sei seit vielen Jahren im Ruhestand und könne die Probleme bei der Umsetzung der Bo-



Gutes Studium. Der Akkreditierungsrat prüft. Foto: Christoph Hardt/imagofuture Image

logna-Reform nicht aus eigener Anschauung. „Es geht nicht, dass die Geisteswissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften nicht durch einen aktiven Professor vertreten sind“, sagt Albert Albers, Professor für Maschinenbau in Karlsruhe und der Vorsitzende des Allgemeinen Fakultätentags (AFT), des Zusammenschlusses aller 18 Fakultätentage. Grimm sagt: „Ich bin sicher besser auf dem Laufenden als die meisten anderen.“

Allerdings ist auch zu hören, manchen gefalle Grimm schon deshalb nicht, weil er das von vielen abgelehnte Akkreditierungswesen letztlich unterstütze.

Empört sind die Fakultätentage über das Ergebnis der HRK-Auswahl aber vor allem, weil sie der HRK selbst eine gemeinsame Vorschlagsliste geeigneter Kandidaten übermittelt hatten – was die HRK damals auch begrüßt habe. Die Liste dann zu ignorieren, ist ein „Affront“, sagt Schmitt. Albers wirft der HRK vor, „nach Gutsherrenart“ vorgegangen zu sein.

Schmitt hält auch rechtliche Folgen für möglich: Würde einem Antragssteller die Akkreditierung verweigert, könne der womöglich erfolgreich dagegen klagen – mit Verweis auf die fehlende Fachkompetenz im Akkreditierungsrat.

Dass die Politiker im Staatsvertrag das Vorschlagsrecht an die Rektoren übertragen haben, ist aus Sicht der Fakultätentage ein „Konstruktionsfehler“. „Die HRK vertritt ja nicht die Fächer, sondern die Hochschulleitungen“, sagt die Ökonomin Homölle. Die Fakultätentage berufen sich auch auf das Karlsruher Urteil von 2016, das die Neuordnung der Akkreditierung mit einer Stärkung der Professoren im Akkreditierungsrat erst nötig gemacht hatte.

Warum ist die HRK den Vorschlägen des AFT nicht gefolgt? Federführend war HRK-Vizepräsident Holger Burckhart, Rektor der Uni Siegen. Er lässt schriftlich auf einen Beschluss der Mitgliederver-

sammlung der HRK verweisen. Danach sollten die Vorschläge zur Besetzung des Akkreditierungsrats aus den „(Landes-)Rektorenkonferenzen“ kommen sowie vom AFT und von studentischer Seite. „Das HRK-Präsidium hat sich auf der Basis dieser Vorschläge aufgrund der jeweiligen persönlichen und fachlichen Eignung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für ein Tableau entschieden, das den Anforderungen an die Repräsentanz der Wissenschaft gerecht wird und einen Pool an Expertise bildet (...)\", lässt Burckhart weiter erklären. Sowohl die vier großen wissenschaftlichen Fachgebiete als auch die unterschiedlichen Hochschularten seien „angemessen berücksichtigt worden“.

Wie weiter? Auch Grimm hält es für unglücklich, dass die HRK die Liste der Fakultätentage fast nicht berücksichtigt hat. Der Akkreditierungsrat habe aber bei seiner ersten Sitzung vor drei Wochen beschlossen, den Akkreditierungsrat zu erweitern: Die KMK werde noch acht Stellvertreter der Professoren benennen, außerdem sollen weitere Wissenschaftler als „ständige Gäste“ beratend in entsprechenden Ausschüssen für die Fächergruppen teilnehmen, ebenso an einem neuen System der Berichterstattung. „Ich denke, dass der Missmut sich bald legt“, sagt Grimm. ANJA KÜHNE

ANZEIGE

Folge 96 von 30.000.000

Am Brückentag nichts weiter vor? Dann macht bei der City Nature Challenge mit!

Diesen Kleinen Fuchs (*Aglais urticae*) und 29.999.999 andere Naturen finden Sie im

www.museumfuernaturkunde.berlin

würde eine Lehrgemeinschaft den engagierten Hochschullehrern die überfällige Aufwertung in der hochschulinternen Hackordnung verschaffen. Gleichzeitig müssten Gutachter ähnlich wie in der DFG Kriterien für die Begutachtung der Förderanträge entwickeln – was das hochschulübergreifende Verständnis dessen, was gute Lehre überhaupt ausmacht, endlich schärfen würde.

Der Reflex der Rektoren und Landesminister, möglichst viel Bundesgeld ohne konkrete Gegenleistung zu fordern, ist verständlich. Doch so unpopulär das angesichts der überdrehten Drittmittelspirale in der Forschung zurzeit sein mag: Ein bisschen Wettbewerb belebt das Geschäft. Und die Lehre auch.

Mut macht, dass Hipplers gerade gewählter Nachfolger Peter-André Alt zuletzt andere Töne anschlug: „Vielleicht ist die Deutsche Lehrgemeinschaft ja eine gute Idee und mir hat sie nur noch keiner so richtig vermitteln können.“

— Der Autor ist Journalist für Bildung und lebt in Berlin. Auf seinem Blog www.jmwiarda.de kommentiert er aktuelle Ereignisse in Schulen und Hochschulen.